



UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Universitätsbibliothek Paderborn

Namen, Nachrichten, Notizen

Universität Paderborn

Paderborn, Nr. 1.1980 - 15.1983

Uni und Region

urn:nbn:de:hbz:466:1-8593

mit uns zu mehren.

Drei Sorgen habe ich genannt, viele hätte ich nennen müssen, wollte ich Sie an diesem Tage mit den Problemen der Hochschulpolitik insgesamt konfrontieren. Lange hätte ich über die Studenten sprechen müssen, denen unsere Hauptsorge gilt, denn die Hochschule ist für die Studenten da. Sie werden aber gemerkt haben, daß meine Sorgen auch dann, wenn ich nicht direkt von den Studenten sprach, immer ihnen galten. Für das zweite Jahrzehnt der Hochschule habe ich an die Region die Bitte, diese Studenten noch mehr als bisher positiv aufzunehmen. Bitte vergessen Sie dabei nicht, das kritischer Verstand das Bestehende nicht von der Kritik ausnehmen darf. Unsere Ausgabe ist es, dafür zu sorgen, daß die Kritik von Verstand geleitet wird. Das wollen wir nach Kräften fördern.

Für Ihre Aufmerksamkeit danke ich Ihnen. Meine besten Wünsche für Sie, die Region und die Hochschule wiederhole ich. Es ist nicht aus der Luft gegriffen, wenn ich uns allen und der jungen Generation, für die die Hochschule da ist, zuallererst Frieden untereinander und in der Welt wünsche und hoffe, daß die Bürger dieser Hochschule dazu im Denken und Handeln beitragen mögen.



Zu einem Arbeitsbesuch in Paderborn zu Gast bei Kanzler Ulrich Hintze v. I. Ministerialrat Will, Finanzministerium, Ministerialrat Krause, Wissenschaftsministerium, Ministerialrat Hotze, Ministerium für Landesentwicklung und Städtebau.

Was „bringt“ eigentlich eine Uni?

Gedanken zu der Wechselwirkung von Region und Hochschule

Die deutsche Bildungslandschaft hat sich verändert. Inhalte, Ziele und vor allem Quantität wurden einem umfangreichen Entwicklungsprozeß unterworfen. Doch nicht nur bildungspolitische Ziele haben den Wandel herbeigeführt.

Bis zur ersten Gründungswelle in den sechziger Jahren waren die Hochschulen der Bundesrepublik sehr ungleichgewichtig verteilt, konnten aber durchaus die ihnen zugedachten Funktionen erfüllen (es gibt allerdings auch andere Stimmen). Erst die öffentliche Diskussion um Schlagworte wie „Bildungskatastrophe“ oder „Chancengleichheit“ und die damit ausgelöste vermehrte Nachfrage nach Studienplätzen verlangte eine erhebliche Veränderung der Hochschullandschaft. Die entstandene Nachfrage hätte durchaus bei vorhandener schichtspezifischer Mobilität durch den Ausbau der traditionellen Hochschulstandorte befriedigt werden können. Eine ganze Reihe von Unter-

suchungen über Bildungsentscheidungen, studentischem Wanderverhalten und Aspekte der Erschließung sogenannter Begabungsreserven (Geißler, Hitpass u. v. a.) stärkten jedoch die Bemühungen um eine Dezentralisierung von Angeboten im tertiären Bildungsbereich.

Zusätzliche Interessenten für eine Regionalisierung des Studienplatzangebotes und die konkreten Entscheidungen für neue Hochschulstandorte waren Gemeinden, die sich durch eine Hochschulgründung eine wirtschaftspolitische Initialzündung versprachen. Dem korrespondierten auf Landes- und Bundesebene bildungs-, sozial- und wirtschaftspolitische Vorstellungen wie Chancengleichheit, aber auch die Erschließung von Begabungsreserven um der Bildungskatastrophe sowohl inhaltlich als auch quantitativ zu entgehen — alle hochindustrialisierten Länder gaben zum damaligen Zeitpunkt erheblich größere Anteile ihres Bruttosozialproduktes für den Bildungsbereich aus, als die Bundesrepublik Deutschland —.

Um beide Forderungen durchsetzen zu können, blieb eigentlich nur die Regionalisierung, da bei der persönlichen Entscheidung für den Besuch weiterführender Bildungseinrichtungen auch deren Nähe, die sich nicht nur auf das Räumliche bezieht, sondern auch auf die Anschauungen und Informationsdichte, eine wesentliche Bedeutung hat. Dies wurde umso wichtiger, je mehr es sich um Kinder aus eher bildungsfernen Schichten als für Kinder aus den traditionell bildungsfreundlich geltenden bürgerlichen Kreisen handelte. Aber gerade erstere waren für den tertiären Bildungsbereich am besten über ein regionales Hochschulkonzept zu motivieren. Insofern nimmt eine Bildungseinrichtung vor Ort eine erhebliche Erschließungsfunktion wahr, die sich dann jedoch

nicht mehr ausschließlich auf den Bildungsaspekt bezieht, sondern die Verhältnisse von Bevölkerung zur Bildung und zur Wirtschaft erheblich verändert.

Die Konsequenzen rein quantitativer Art sind durchaus beeindruckend. Die wissenschaftlichen Hochschulen, künstlerischen Hochschulen und Fachhochschulen sind mit über 200 Einrichtungen in der Bundesrepublik vertreten. Betrachtet man die geschichtliche Entwicklung so gab es Anfang des 20. Jahrhunderts in Deutschland etwa 50 Hochschulen unterschiedlichen Typs und 1930 knapp 100. Die nunmehr über doppelt so vielen Bildungseinrichtungen des tertiären Sektors mit den entsprechenden Konsequenzen im personellen Ausbau und in der Studentenentwicklung stellen sicherlich eine besondere bildungspolitische Leistung dar. Waren es 1960 noch 15 Studenten pro Stelle wissenschaftlichen Personals so waren es 1965 trotz steigender Studentenzahlen nur noch neun Studenten pro Stelle. Das Verhältnis beträgt z.Zt. etwa 1:12, hat sich also wegen des „Studentenberges“ wieder etwas verschlechtert, und wird sich in den nächsten 10 Jahren wohl nicht verbessern. Während die Studentenzahlen von 1960 bis 1980 von 291.000 auf 1.044.000 stiegen, wuchs der Personalbestand (incl. nichtwissenschaftlichen Personals) von 1960 bis 1980 von 62.000 auf ca. 216.000 an.

Die Dezentralisierung von Hochschulgründungen hatte neben den bildungspolitischen Intentionen auch der Regionalpolitik zuzurechnende Gründe, einer Politik also, in der zentralstaatliche Tendenzen hinter einer möglichst gleichmäßigen Landesentwicklung zurückstehen sollte.

Zwei Gründe waren hierfür wesentlich, zum einen stieg das Finanzvolumen der Hochschulen zwischen 1960 und 1975 um das Zehnfache und wurde damit zu einem erheblichen ökonomischen Faktor, von dem regionalwirtschaftliche Impulse ausgehen; zum anderen hätten zentralistische Investitionen die meist wirtschaftlich bevorzugten Regionen weiter gestärkt. Bei Letz-

Aspekte der Haushaltsentwicklung

Gegenüber den Haushaltsansätzen 1981 ergeben sich für 1982 folgende Veränderungen wichtiger Titel:

Post- und Fernmeldegebühren	—14,9 v. H.
Strom, Heizung, Reinigung u. a.	+ 2,2 v. H.
Lehre, Forschung	—17,0 v. H.
Bibliothek	—19,7 v. H.

Die Jahresrate Ersteinrichtungsmittel beträgt 4.150.000,— DM (zunächst waren 4,5 Mio. DM vorgesehen) zuzüglich einer Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 2,5 Mio DM. Zusätzlich dürfen aufgrund der angespannten Haushaltslage bis Ende September nach dem derzeitigen Stand voraussichtlich nur etwa 55 v. H. der Ansätze ausgegeben werden. Konsequenzen:

Bis September fallen bei wichtigen, bzw. großen Titeln folgende Zahlungen an:

Titel	Ansatz	55 v. H.	Bedarf	sonit Mehrbedarf
Post u. a.	382.000	210.000	347.000	ca. 137.000 DM
Heizung u. a.	5.000.000	2.750.000	3.500.000	750.000 DM
Forschung u. Lehre	5.374.000	2.955.700	63.000	--
Bibliothek	2.490.000	1.369.500	1.200.000	--
Datenverarbeitung	990.000	544.500	462.260	--
				887.000 DM

Da nennenswerte andere Deckungsmöglichkeiten nicht vorhanden sind, müssen zur Abdeckung des Mehrbedarfs freie Mittel der Titelgruppe 94 (Forschung und Lehre) in dieser Höhe blockiert werden.

Forschung und Lehre bis September frei	2.955.700 DM
/ Deckung des Mehrbedarfs	887.000 DM

sonit für Zwecke der Titelgruppe 94 bis September verfügbar	2.068.700 DM
---	--------------

Ersteinrichtungsmittel stehen bis September wie folgt zur Verfügung:

Ansatz	4.140.000 DM
davon 55 v. H.	2.282.500 DM
davon 1 Mio VE festgelegt	/ 1.000.000 DM
sonit verbleiben	1.282.500 DM

Die angespannte Haushaltslage zwingt zu Einsparungen in allen Bereichen und bei allen Titelanätzen.

terem geht es also weniger um den Nachweis einer „Besserstellung durch Hochschulgründung“ als vielmehr darum, das Gefälle gegenüber Regionen mit Hochschulstandorten nicht zu vergrößern.

Der Bremer Bürgermeister Koschnik soll einmal gesagt haben, daß die Stadt durch den Universitätsnebau

an den Rand des finanziellen Ruins getrieben worden sei. Realiter benötigt eine Universität für den Aufbau tatsächlich erhebliche Investitionen. So warnte der Wissenschaftsrat 1960: „Die Errichtung einer Hochschule hat für die Kommune wahrscheinlich finanzielle Lasten (Aufschließungskosten, Verkehrs-

verbindungen, Wohnungsbau, Verzicht auf eigenes Ausdehnungsgebiete), kaum aber materiellen Gewinn zufolge" (zu beachten ist allerdings, daß die Hauptkosten durch Bund und Länder getragen werden). Die Universitäten erbringen ihren Städten weder direkte Umsatz-, noch Körperschafts-, noch Vermögenssteuer. Auch der Anteil an der Einkommenssteuer ist sehr gering. Dies ist jedoch nur eine Seite. Die regionalwirtschaftlich positive Seite: Die Baukosten, die Sach- und Betriebskosten und die Personalkosten einer Universität, sowie die Ausgaben der Studenten haben durchaus einen erheblichen Einfluß auf die Wirtschaftssituation der Region. So betrug beispielsweise der Haushalt der Universität-Gesamthochschule-Paderborn 1981 94 Mio. (ohne die studentischen Ausgaben von ca. 50 Mio. pro Jahr) gegenüber dem Haushalt der Stadt Paderborn in Höhe von 339 Mio. (= 27,7 Prozent). Daran wird erkennbar, daß alleine von der Größenordnung des Haushaltes her erhebliche wirtschaftliche Einflüsse der Universität in der Region wirksam werden, obwohl sie als solche nicht immer so leicht auf den ersten Blick erkennbar sind.

Über das, was an Geld tatsächlich in die Region fließt, gibt es eine Reihe von Untersuchungen, die jedoch pauschalierend nicht auf die Hochschulregion Paderborn übertragen werden sollten (hier wären für genauere Untersuchungen z. B. die Paderborner Wirtschaftswissenschaften aufgerufen). Sowohl die Bauinvestitionen als auch die Geräteinvestitionen (insbesondere Großgeräte) verbleiben nur bei sehr hohem wirtschaftlichen Entwicklungsniveau des Umlandes in der Region. Die laufenden Sachausgaben fließen jedoch in hohem Maße wegen des geringen Spezialisierungsgrades in den Wirtschaftskreislauf der Region. Nach einer Reihe von Untersuchungen bewegt sich die Spanne des Regionalanteils der Investitionen z. B. bei den größeren Bauvorhaben von ca. 7,5 Prozent bis zu über 90 Prozent bei kleineren Umbaumaßnahmen.

Nach einer Untersuchung bei AG Standortforschung Hannover im

Auftrag des BM für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau über die regionale Wirkung von Hochschulen, haben die Personal- und Sachmittel sowie die studentischen Ausgaben einen bestimmten regionalen Effekt sowohl für die Arbeitsplätze als auch für den Geldkreislauf. Die Ergebnisse für die dort skizzierten Hochschulen Saarbrücken und Kaiserslautern sind nicht direkt auf Paderborn transponierbar aber man kann in einem ersten Überblick annehmen, daß neben den Personalstellen der Universität, die jedoch gerade in einer Aufbauphase insbesondere im wissenschaftlichen Bereich nur in geringem Maße durch „Einheimische“ besetzt werden, zusätzlich etwa 500 Arbeitsplätze außerhalb der Hochschule geschaffen werden. Auch der zusätzliche monetäre Effekt für die Region dürfte bei über 80 Mio. DM pro Jahr liegen. Hierfür sind auch in hohem Maße die Ausgaben der Paderborner Studenten verantwortlich.

Darüberhinaus kann als ein wichtiges insbesondere langfristiges Ergebnis von Hochschulgründungen die Verflechtung der Absolventen über den Arbeitsmarkt mit der Region angesehen werden. Hier muß jedoch die fachliche Gliederung der Hochschule in wesentlichen Punkten der Aufnahmefähigkeit von Wirtschaft und Verwaltung der Region entsprechen. Zwar orientieren sich die Studienwünsche schon größtenteils an der tatsächlichen Angebotspalette einer Hochschule der Region, nichtsdestoweniger scheinen die Absolventen eher geographisch mobil als beruflich flexibel zu sein, so daß hier dem Arbeitsmarkt der Region bei Nicht-Übereinstimmung regionales Arbeitskräftepotential entzogen würde. Ein maximaler Nutzen für die Region wird durch die Ausgewogenheit der Angebotspalette erreicht. Hier scheint die Universität Paderborn auf dem richtigen Wege zu sein: durchaus breitgefächertes Angebot im Bereich der Lehrerbildung, integrierte Studiengänge, Neueinrichtungen zukunftssträchtiger Studienangebote (z. B. Informatik) usw.

Die Dezentralisierung von Hochschulstandorten sollte jedoch nicht nur unter den bereits genannten

wirtschafts- oder bildungspolitischen Gesichtspunkten gesehen werden. Auswirkungen der Regionalisierung oder gar Ansprüche an eine Regionalisierung von Wissenschaft und deren Übertragung auf die einzelnen Studiengänge sind sicherlich festzustellen. Es spricht nichts dagegen sondern mehr dafür, daß auch eine Hochschule auf die speziellen Probleme der umliegenden Regionen eingeht. Dies wird sicherlich schwierig sein in der Amerikanistik oder der Mathematik, also Disziplinen mit außerregionalen Gegenstandsbereichen. Aber in den meisten Disziplinen sind regionale Anknüpfungspunkte denkbar. Hier können Grundlagen und breite Anwendungen in der regionalen Wirtschaft (z. B.: Modellsysteme, Mikroprozessoren) als auch überregionale Ansätze (z. B.: Arbeitsmarktforschung, Membranforschung) wirksam werden. Eine regionale Einbindung von Forschung, die damit den Anspruch auf Wahrheit, Verallgemeinerung usw. keinesfalls aufgibt, sondern bei der Auswahl der Objekte sich mehr auf regionale Probleme konzentriert, hat sicherlich auch erhebliche Auswirkungen auf die Lehre.

Dieser regionale Bezug ist wegen der absehbaren Entwicklung besonders wichtig. Nicht das quantitative Problem der nächsten zehn Jahre — Studentenberg — sondern die Qualität von Forschung und Lehre sind das entscheidende Kriterium. Und hierfür ist es auch wichtig in der Region starke Partner zu finden, um die Hochschule möglichst fest mit ihrer Region zu verbinden; hierzu gehören eine Verstärkung des Wissenschaftstransfers und der anwendungsbezogenen Forschung, aber auch der Einfluß berufsbezogener Ausbildungsaspekte.

Vielleicht mag dieses Verständnis von Hochschule und Region sehr einseitig bestimmt sein, aber Hochschulen genießen nicht mehr die Priorität der sechziger und siebziger Jahre. Veränderungen im Sinne von Erweiterungen sind kaum noch denkbar. Es wird also darauf ankommen, der Hochschule ein eigenes möglichst unverwechselbares Charakteristikum zu geben.

Dipl.-Soz. Wiss. Jürgen Plato